

VON LEIF SIMONSEN

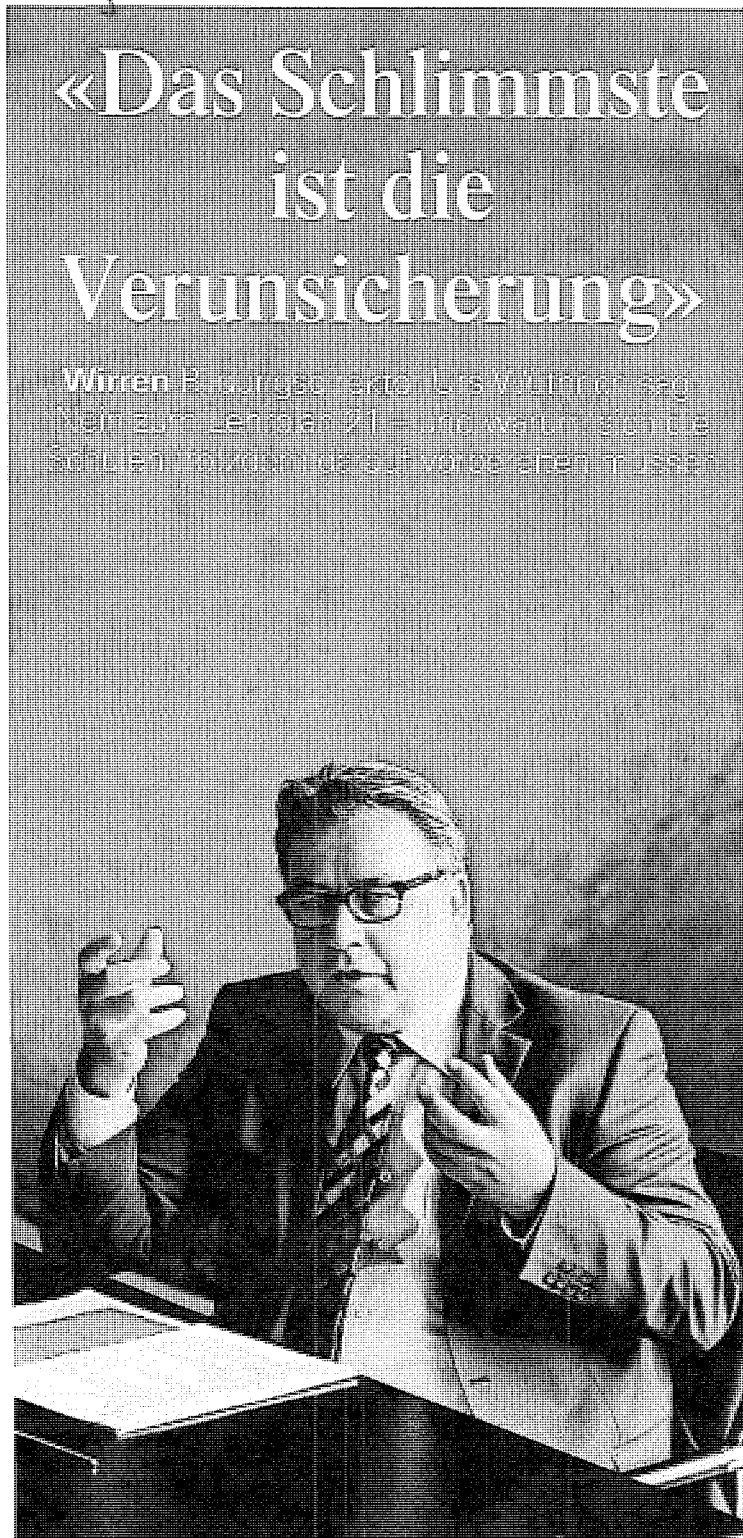
Die Umsetzung des Lehrplans 21 stockt: Die Baselbieter Regierung hat das monumentale über 500-seitige Werk zurückgewiesen. Zehn zum Teil fundamentale Änderungen verlangt sie – ansonsten könne der Lehrplan im Landkanton nicht eingeführt werden. Kurz nach der Rückweisung schickte Bildungsdirektor Urs Wüthrich einen Brief an die Schulleitungen, sie sollten die Umsetzungsarbeiten trotzdem unverändert und ohne zeitlichen Verzug weiterführen. Bildungspolitiker runzelten die Stirn: Warum sollte er ausgerechnet nach dieser substanziellen Kritik auf die Umsetzung drängen?

**Herr Wüthrich, letzten Donnerstag publizierte die bz einen Artikel über die parlamentarische Initiative, welche gegen die 2015 geplante Einführung des Lehrplans 21 im Landkanton eingereicht werden soll. Über einzelne Aussagen der Lehrplan-Kritiker waren Sie nicht erfreut.**

Urs Wüthrich: Ich stelle einen deutlichen Kontrast fest: auf der einen Seite die Schulrealität, wo mit hoher Professionalität anspruchsvolle Planungs-, Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten der Bildungsharmonisierung geleistet werden. Auf der andern Seite die meist ohne substanzielle Begründung verbreitete Polemik gegen diese unverzichtbaren Entwicklungsschritte. Besonders eine Aussage ist absolut absurd. FDP-Landrat Michael Herrmann behauptet wider besseren Wissens, dass die Rückweisung des Lehrplans 21 im Regierungsrat gegen meinen Willen erfolgt sei. An der gemeinsamen Sitzung der landrätlichen Bildungskommission und dem Bildungsrat vom 20. November konnte Herr Herrmann alle Kritikpunkte, die meinen Rückweisungsantrag begründen, zur Kenntnis nehmen. Der Regierungsbeschluss bringt klar zum Ausdruck, dass meine Position ohne Änderungen übernommen wurde. Bereits am Schulleiterforum im November habe ich in Aussicht gestellt, dass ich unsere Kritikpunkte im Rahmen eines Rückweisungsantrags deponieren wollte. Es ist also haltlos, wenn nun jemand behauptet, dass die Regierung gegen meinen Willen ein Nein durchgesetzt hat.

**Es waren aber nicht die einzigen Bildungspolitiker, die darüber sagten, dass Sie beim Thema Lehrplan 21 innerhalb der Regierung isoliert sind. Wie erklären Sie das?**

Ich erlebe eine widersprüchliche Situation. Ursprünglich war der Kanton die Speerspitze der Bildungsharmonisierung. 2002 verabschiedete der Landrat eine Standesinitiative mit der Forderung einer deutlich weitergehenden Bildungsharmonisierung als dem jetzigen Harmos-Konkordat. In der parlamentarischen Beratung erleben wir von der politischen Seite immer wieder Obstruktion, obwohl wir nach dem Motto «Sorgfalt vor Tempo»



Urs Wüthrich hat keine Angst vor zweiter Harmos-Abstimmung. ARCHIV/JUN

vorgehen. Konkretes Beispiel ist die Verschiebung des Starts des Fremdsprachenkonzepts um ein Jahr. Wir nehmen uns auch viel Zeit, wenn es um die Klärung der Rahmenbedingungen der integrativen Schule geht. Wichtig sind uns auch Kommunikation und der Einbezug der Schulen. Ich kenne keine Skandalmeldung aus unserem Kanton.

**Aus der Luft gegriffen scheint der Verdacht aber nicht, dass Sie der «Lehrplan-Turbo» im Regierungsrat sind. Ein paar Wochen nach Ihrer fundamentalen Kritik am Lehrplan**

**haben Sie den Schulen einen Brief geschrieben. Sie sollten am Ziel festhalten, 2015 gerüstet zu sein.**

In diesem Brief habe ich auf die Rückmeldungen einiger Schulleitungen reagiert, die sich fragten, was die Rückweisung einer Vernehmlassung bedeutet. Ich habe klargestellt, dass die Vorbereitungen jetzt nicht gestoppt werden können. Es ist nun auch nicht so, dass ich bei der Umsetzung Gas gebe, wie es im Artikel heisst. Aber wenn jemand wegen eines Missverständnisses die Handbremse angezogen hat, fordere ich ihn auf, diese zu lösen.

# «Das Schlimmste ist die Verunsicherung»

Wirren Bildungsminister Urs Wüthrich sagt: Nein zum Lehrplan 21 – und warnt vor der Schließung von Schulen auf vorübergehende Basis

**Der Lehrervereins-Präsident Michael Weiss hält die Einführung vor 2017/2018 für unrealistisch.**

Ich habe den Eindruck, dass die Lehrer es als wichtig empfinden, dass man am Einführungsjahr festhält. Das Schlimmste ist Verunsicherung. Die Studententafel, die mit Basel-Stadt koordiniert ist, wurde ja schon festgelegt. Eine Zwischenlösung, wenn der Lehrplan 21 nicht kommen sollte, wäre für mich ein Notfallszenario: Ich will den Druck auf die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) aufrechterhalten. Sie sollen die Anpassungen so schnell vornehmen, dass am Einführungstermin festgehalten werden kann.

**Demnach politisiert der Lehrervereinspräsident an der Realität vorbei.**

Ich bin daran, die Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten zu entwickeln. Er muss entscheiden, welche Politik er verfolgen will: Ob es sein Ziel ist, die Interessen der Mitglieder zu vertreten und gute Bedingungen durchzusetzen, oder ob er seine Hauptfunktion darauf beschränken will, die Bildungsdirektion zu beschimpfen. Gerade der Lehrerverein hat ja allen Grund, mit der Bildungsdi-

**«Gerade der Baselbieter Lehrerverein hat ja allen Grund, mit der Bildungsdirektion zufrieden zu sein.»**

rektion zufrieden zu sein. Wir haben ja in unserer Vernehmlassung die Kritikpunkte des Verbandes am Lehrplan aufgenommen.

**Wie können Sie denn im Hinblick auf die Umsetzung des Lehrplans genügend Druck erzeugen?**

Schwierig wäre es, wenn das Baselbiet mit seiner Haltung alleine dastehen würde. Unsere Kritikpunkte werden aber von vielen anderen Kantonen mitgetragen. Mit diesen Verbündeten können wir erfolgreich Druck ausüben.

**Jetzt steht sogar noch die Idee einer Volksinitiative im Raum. Das Baselbiet soll wieder aus dem Harmos-Konkordat aussteigen. Macht Ihnen diese Initiative Angst?**

Ich rechne mit einer anspruchsvollen Auseinandersetzung. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Stimmbürger zwischen Polemik und bildungspolitischen Inhalten unterscheiden kann. Das Bild, das wir mit einem Ausstieg gegen aussen abgeben würden, wäre katastrophal. Alleine der Gedanke ist absurd: Für knapp 280 000 Einwohnern eine eigene Bildungslandschaft zu entwerfen, widerspricht jeglicher Vernunft. Man stelle sich den Aufwand vor, die Übernahme der Sekundarschulen rückgängig zu machen.